

## Chinesische Investoren

### Langfristiges Engagement

2015 besaßen chinesische Unternehmen über 1300 Firmen mit mehr als 16 000 Beschäftigten in Deutschland. Auch dieses Jahr gingen sie wieder auf Einkaufstour. Bekannteste Neuerwerbung: der Roboterhersteller Kuka. Ziehen sie Know-how ab? Müssen Beschäftigte sich um ihre Arbeitsplätze sorgen?

Kuka, Kiekert, Krauss-Maffei, Putzmeister, Pfaff – bekannte Firmen, die ganz oder teilweise Chinesen gehören. 2015 erwarben chinesische Unternehmen laut der Unternehmensberatung Ernst & Young Unternehmen im Wert von 490 Millionen Euro, im ersten Halbjahr 2016 von mehr als 10 Milliarden Euro. Sie investieren vorzugsweise in Maschinen- und Fahrzeugbau, Energie und neue Technologien. Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung haben untersucht, warum sie das tun.

Gute Partie Gründe für das Interesse an Deutschland sind hoher technologischer Standard, Rechtssicherheit, Qualität der Arbeitskräfte, zentrale Lage in Europa, hohe Wettbewerbsfähigkeit und das positive Image von Produkten »Made in Germany«. Firmen werden gekauft, um ihr Know-how zu erwerben, Vertriebsnetze zu nutzen und durch globale Firmenzusammenschlüsse Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten zu erlangen. Zudem betrachten reiche Chinesen Investitionen in deutsche Firmen als gute Kapitalanlagen.

Chinesen investieren in Deutschland, statt Firmen zu verlagern, weil sie verstehen, dass sich Kulturen nicht einfach exportieren lassen. Sie erhalten deutsche Standorte und bauen sie aus. Betriebsräte betroffener Firmen machen die Erfahrung, dass sie weder Mitbestimmungsstrukturen antasten noch die Arbeitsbedingungen verschlechtern.

»Sie engagieren sich längerfristig. Bis dato fahren Belegschaften mit chinesischen Eigentümern besser als mit Finanzinvestoren, die nur auf kurzfristige Rendite aus sind«, sagt Astrid Ziegler, Expertin für Industriepolitik beim IG Metall-Vorstand. »Ob das langfristig so bleiben wird, lässt sich noch nicht einschätzen. Bisher deutet aber nichts darauf hin, dass sich das ändern könnte.«

Betriebsräte betroffener Firmen sollten sich früh über den Investor informieren, Kontakt aufnehmen und Vereinbarungen abschließen, rät sie. Bisher sind die Erfahrungen gut.